

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

140 (21.6.1920)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 3 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 3.
Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—1 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.
Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Bemühungen zur Regierungsbildung.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Fraktion hat sich dahin erklärt, daß als erste Voraussetzung für ihre Mitwirkung an einer neuen Regierung gefordert werden müsse, daß die Tätigkeit der neuen Regierung sich klar und unzweideutig auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform aufbaue. Ferner soll in dieser Richtung bestimmte Vorschläge an die demokratische Fraktion gemacht haben, in denen ein unzweideutiges Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform enthalten ist.

Das Ergebnis der Sitzung der demokratischen Fraktion ist, wie demokratische Blätter melden, ihre Bereitwilligkeit, mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum den Block der Mitte zu bilden. Sie machte aber ihren Eintritt in die Regierung nach von 3 Voraussetzungen abhängig:

1. daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle und sich bereit erkläre, diese Verfassung zu verteidigen.
 2. daß bei der Belegung der Parteiführer in der neuen Regierung von den anderen Parteien keine Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, die sich in einem allzu starken politischen Gegensatz zu den Demokraten befinden.
 3. daß von den Mehrheitssozialisten die Zustimmung erlangt werde, daß sie im Reichstag ein Verbot des Votums für die neue Regierung erwidern würden.
- Von diesen Bedingungen wird sich die Demokratische Partei, wie uns aus Kreisen ihres Vorstandes erklärt wird, unter keinen Umständen abbringen lassen.
- Berlin, 20. Juni. Die Verhandlungen zwischen Hehrenbach und den Parteiführern gehen als jetzt geblieben, daß man von einer Befestigung der Krise sprechen könne. Die Demokraten sollen durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei befriedigt sein. Diese erklärte, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung absehen werde. Die Deutsch-Nationalen seien entschlossen, in Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokraten einzunehmen.

Die Vorgänge in der Pfalz.

Ludwigshafen, 20. Juni. In der Nacht zum Samstag um 12 Uhr hat der Streik eingelegt. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind nur die wichtigsten Betriebsteile im Gange; alle übrigen Arbeiter und Beamte streikten. Das Gas- und Wasserwerk arbeitet zum unbedingt notwendigen Gebrauch. Die meisten Arbeiter sind auch dort in den Ausnahmestellen. Der Straßenbahnbetrieb ruht vollständig.

Der Schnellzugverkehr in der Pfalz wird aufrecht erhalten, ebenso werden die Militärazüge gefahren. Dagegen ruht der Güterverkehr vollständig. Die Verkehrsarbeiter streikten ohne Ausnahme, dagegen sind die Verkehrsbeamten des äußeren und inneren Dienstes zur Arbeit angetreten. Die Verkaufsläden sind geschlossen mit Ausnahme von einzelnen wenigen Lebensmittelgeschäften. Die Zeitungen erscheinen heute nicht.

Ludwigshafen, 20. Juni. Am Samstag mittag wurde auf Befehl der französischen Behörde von der Eisenbahndirektion dem Eisenbahnpersonal bekannt gegeben, daß es für die französische Behörde beschlagnahmt sei und Verweigerung des Dienstes durch das Kriegsgericht abgeurteilt werde. Auch für die städtischen Beamten ist diese Beschlagnahme für den öffentlichen Dienst angewandt worden.

Ludwigshafen, 20. Juni. Der Generalfreier wurde nur zum Teil durchgeführt. Alle lebensnotwendigen Betriebe müssen auf Befehl der französischen Behörden arbeiten, ebenso die städtischen und die staatlichen Beamten, da im Weigerungsfalle mit Abschließung auf das rechte Rheinufer gedroht wird.

Ludwigshafen, 20. Juni. Es wird berichtet: Die Franzosen haben die größten Vorkehrungen getroffen. Die Stadt und ihre Umgebung ist gepulvert mit Truppen, die in voller Kriegsausstattung in allen möglichen Räumen und Sälen untergebracht sind. Militärs mit Offizieren fahren geschäftig hin und her, Bagage auf Bagage wird ausgeladen usw. Gegen 3 Uhr mittags sind französische Eisenbahntrouppen in der Stadt einmarschiert. Panzerautos, Tanks, Maschinengewehre, leichte Artillerie usw. sind in Bereitschaft. Um 12 Uhr Samstag nacht war der Ausnahmestellung beendet. Wie sich die Verhältnisse in den nächsten Tagen gestalten werden, weiß bis jetzt kein Mensch.

Die Kartoffel-Verorgung.

Berlin, 20. Juni. Nach den bei der Reichskartoffelstelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln der letzten Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierenden Einlauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln freizugeben.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung, die den Erzeugerpreis für Frühkartoffeln für die Zeit vom 1. Juli bis zum 14. September auf 640 M. für die Tonne festsetzt. Die Landeszentralbehörden können für bestimmte Bezirke diesen Preis für den Monat Juli auf 700 M. erhöhen und für die spätere Zeit wieder herabsetzen.

Die internationale Streitmacht.

London, 20. Juni. Eine Abordnung des Bundes zur Abschaffung des Krieges hat Lloyd George in einer Unterredung aufgefordert, daß dem Völkerbund eine internationale Streitmacht zur Verfügung gestellt werde, wobei Polen, Armenien und die Dardanellen als Stellen angeführt wurden, an denen eine solche Streitmacht erforderlich wäre. In seiner Antwort wies Lloyd George auf die Schwierigkeiten und den Mangel an Bereitwilligkeit bei Polen und Rußland hin. Jeder der beiden Staaten hätte ein Heer von 1 1/2 Millionen Mann. Englands, Frankreichs und Italiens gesamten Streitkräfte seien in Anspruch genommen und niemand sonst habe Lust, Truppen herzugeben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

tritt am Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, in ihrem alten Beratungszimmer im Reichstag zusammen. Man rechnet, daß bis dahin die neue Regierung gebildet und ihr Programm bekannt sein wird, so daß es möglich sein wird, zu ihr Stellung zu nehmen. Die Genossen Hermann Müller und Lobe werden über ihre Verhandlungen berichten, und im Anschluß daran werden wichtige Beschlüsse zu fassen sein.

Ende der Reichsschulkonferenz.

Berlin, 20. Juni. Die Reichsschulkonferenz wurde gestern geschlossen. In einer Schlussansprache wies Reichsminister Dr. Koch darauf hin, daß der Kongreß mancherlei gebracht habe, das jetzt noch Samenform sei und später aufgehen werde. Er glaube, daß der Kongreß im Sinne der Beruflichkeit und des Ausgleichs wirken werde, die wir so nötig brauchen. Der Reichswirtschaftsrat werde kommen, um den Reichstag zu unterstützen. Es würde nötig sein, daß ein Reichsdiplomatisch geschäftig werde.

Der Boykott gegen Ungarn — Ungarns Gegenboykott.

Wien, 20. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat begonnen. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Boykott stellt den ersten Versuch dar gewerkschaftlicher Kampfmittel im Dienste einer internationalen politischen Aktion. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.

Budapest, 20. Juni. Hier sind 200 Waggons Weizen auf Schlepplern aus Jugoslawien einetroffen. Diese sind für Deutschland bestimmt, werden aber nicht weiter befördert, weil mit der Boykottierung Ungarns schon vor dem 20. begonnen wurde, und zwar mit der Zurückhaltung von 20 Waggons Zucker in Wiener Neustadt. In ungarischen Häfen sind erhebliche Mengen von Gabeln und Humänen eingetroffen, die von Deutschland für 52 Millionen gekauft und bereits bezahlt wurden. Auch diese Sendungen werden zurückgehalten.

Erregung in Wien über den Boykott gegen Ungarn.

Wien, 20. Juni. Der Boykott gegen Ungarn ruft in der Bevölkerung Wiens wegen der großen Wirkung auf Österreich lebhafteste Erregung hervor. Die christlich-sozialen Blätter melden, daß der Gewerkschaftsbund der nicht sozialistischen Post-, Telephon- und Fernsprechanstalten beschlossen habe, den vom internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Boykott gegen Ungarn nicht anzuerkennen.

Klagen der Bergarbeiter über die Brotverwertung.

Essen, 20. Juni. Der Betriebsausschuß der Zeche Salzer Neudorf übermittelte der Deffentlichkeit eine Entschuldigungs- und Protesturkunde. Die Klagen über ungenügendes Brot und über das vollständige Stagnieren der Lieferung nachfolgenden Mehles nehmen in den Bergarbeiterkreisen einen besorglichen Charakter an. Die Tatsache, daß hier in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung ein unbedeutendes, gesundheitsgefährliches „Etwas“ als Brot ausgegeben wird, erregt die Bevölkerung aufs äußerste. Die Folgen sind, daß die Arbeiter bis zu 90 Prozent an Magenbeschwerden leiden, arbeitsunfähig werden und die Förderung von Tag zu Tag abnehme. Die Bergarbeiter erklären, die 1 1/2 Schichten nicht mehr besuchen zu können, wenn das Brot nicht besser wird.

Regierungsjorgen in Württemberg und Anhalt.

Stuttgart, 20. Juni. Die Fraktion der Partei des Generalbundes im Württembergischen Landtag hat angesichts der schwierigen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, sich bereit erklärt, an der Bildung einer Regierung mit den Sozialdemokraten mitzuwirken. Sollten die Sozialdemokraten eine bürgerliche Regierung ablehnen, so hält die Fraktion eine bürgerliche Regierung für das Gebot der Stunde, weshalb die Fraktion auch zur Mitwirkung an einer rein bürgerlichen Regierung bereit ist. Da die alte Koalition noch eine Mehrheit in Württemberg erhalten hat, so sei es zunächst die Pflicht der in ihr vereinigten Parteien, sich zu erklären, ob sie an der bisherigen Koalition festhalten wollen, oder ob sie geneigt sind, in Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung einzutreten.

Die Verhandlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen zum Zwecke der Regierungsbildung einschließlich der Demokraten in Anhalt scheiterten an den unerfüllbaren Forderungen der Unabhängigen.

Die Arbeitermörder von Thal freigesprochen.

Marburg, 20. Juni. In der Kriegsverhandlung gegen die Marburger Keitfreiwilligen wegen der Ermordung der Thaler Gefangenen wurde das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

Stettin, 20. Juni. Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits über 80 Güter von 88, im Landkreise Stolp kann man fast von einem Allgemeinanstand sprechen. Zum Teil werden sogar die Notstandsarbeiten der Hindert und Arbeitswillige durch tätliche Angriffe gefährdet, so daß die Milchlieferung nach den Städten teilweise aufhört.

Stettin, 20. Juni. Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern hat sich auf den Kolberger und den Schlawower Kreis ausgebreitet. Auf dem Gute Replow kam es zu Ausschreitungen gegen Arbeitswillige. Die Notstandsarbeiten sind vielfach verhindert worden.

Die Unabhängigen erklären sich als die Todfeinde der Sozialdemokratie.

Eine Kampfanzeige der Unabhängigen an die sozialistische Arbeiterschaft.

Wie jeder Arbeiter täglich bei Unterhaltungen mit Arbeitskollegen und Klassengenossen erfahren kann, hat das Verhalten der Unabhängigen in der Frage der Regierungsbildung auch in den Kreisen der unabhängigen Wählerschaft recht lebhaften Unmut ausgelöst. Es geht eben nicht in den Kopf eines denkenden Arbeiters hinein, wie eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, es ablehnen konnte, mit der anderen Arbeiterpartei wenigstens taktisch zusammen zu gehen, wenn es gilt, die Machtposition der deutschen Arbeiterschaft zu befestigen, die schweren Gefahren, die von den Reaktionen und dem Unternehmertum drohen, erfolgreich abzuwehren. Indem die Unabhängigen das Angebot der Sozialdemokratie abgelehnt haben, gemeinsam unter Zurückziehung demokratischer bürgerlicher Elemente eine nach links gerichtete Regierung zu bilden, haben sie an der deutschen Arbeiterschaft einen neuen schweren Frevel verübt. Sie haben dafür in Mecklenburg bereits die erste gebührende Antwort erhalten.

Offenbar hat der Wahlausfall in Mecklenburg und die Nichtstimmung in Arbeiterkreisen über das gemeinschaftliche Verhalten der Unabhängigen, die angeblich so radikalen Herrschaften doch etwas stutzig gemacht. Mit einem bombastischen Aufruf wendet sich nun die Zentralleitung der Unabhängigen an die Arbeiter, um ihnen mit einem wahren Sturzschuß von Projekten begreiflich zu machen, warum die Unabhängigen nicht in die Regierung hinein gegangen sind.

In diesem Aufruf schleudert die unabhängige Parteileitung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft diese Kampfanzeige ins Gesicht:

„Den Wahlkampf hat unsere Partei als Todfeind der kapitalistischen Wirtschaft der bürgerlichen Parteien und der verbürgerlichten Scheinsozialisten geführt.“

Wir müssen es leider den Unabhängigen attestieren, daß es richtig ist, daß sie den Wahlkampf als

Todfeinde der Sozialdemokratie

geführt haben. Wenn die Unabhängigen aber in ihrem Aufrufe erzählen, sie hätten gleichzeitig auch den Wahlkampf als Todfeinde der bürgerlichen Parteien geführt, so müssen wir wahrheitsgemäß konstatieren, daß wir davon nichts gemerkt haben. Sowohl die unabhängige Presse, wie die unabhängigen Flugblätter und erst recht die unabhängigen Medien waren beinahe ausschließlich auf den rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie eingestellt. Die Reaktionen — also ebenfalls Todfeinde der sozialdemokratischen Arbeiterschaft — wurden kaum von den Unabhängigen erwähnt. Wie die Junker, wie die Militärs, die Unabhängigen nur ein Ziel, beherrschte sie nur ein Gedanke: die Vernichtung der Sozialdemokratie. Es war ein leidenschaftlicher Wettstreit zwischen den Deutschnationalen und den Unabhängigen entstanden, wer in der Verleumdung der Sozialdemokratie dem anderen den Rang ablauen kann. Die Unabhängigen spezialisierten nur auf die niedrigsten Instinkte, nur an sie appellierten sie, von sozialistischer Aufklärung, von der großen Gefahr, die alle Arbeiter gleichmäßig bedroht, war so gut wie keine Rede.

Und genau daselbe war bei der Wahlpropaganda der Reaktionen zu beobachten. Weder in den reaktionären Flugblättern, noch in der rechtsstehenden Presse und in den Reden der deutschnationalen und völksparteilichen Agitatoren war von einem Kampf gegen die Unabhängigen etwas zu merken, denn auch sie kannten nur ein Ziel: Vernichtung der Sozialdemokratie.

Ogleich nun die Unabhängigen und die Reaktionen einander so eifrig in die Hände gearbeitet haben, sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Wenn auch stark geschwächt, ist die Sozialdemokratie trotzdem als die immer noch stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Wohl haben die Unabhängigen einen Stimmen- und Mandatsgewinn zu verzeichnen, aber die eigentlichen Gewinner sind die Reaktionen. Und um den Gewinn der Reaktionen noch zu erhöhen, haben dann die Unabhängigen abgelehnt, mit in eine linksorientierte Mehrheit und Regierung einzutreten.

Und nun stehen auch die Proletarier, die sich von den radikalen Phrasen der Unabhängigen haben betören lassen, vor der bitteren Tatsache, daß die gemeinsame Sache aller Proletarier ansich schwerste durch die Unabhängigen täglich erneut geschädigt und sabotiert wird.

Dazu höre man, was die unabhängige Parteileitung, sagt, um ihre Stellung in der Frage der Regierungsbildung zu „begründen“:

„Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa auf dem Gebiete einer energischen Sozialisierung oder der Enteignung des Großgrundbesitzes durchsetzen, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und des kapitalistischen Privateigentums sind?“

Die könnten einige unabhängige sozialdemokratische Min-

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Min-

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, läme für

Die Proletarier müssen erkennen, daß die Ziele und Metho-

Darum kann für die Unabhängige Sozialdemokratische

Welch ein blamables Geständnis der eigenen Unfähig-

So lähen nicht nur „einige unabhängige Minister“ in der

Regierung, sondern neben ihnen auch eine Anzahl sozial-

Serrgott, welsch ein Frevel und welsch ein Schaden

Welch hohen Nutzen werden die Reaktionen und das

Sieben haben sich die deutschen Unternehmer eine ge-

die Unabhängigen aber erklären sich angesichts dieser

Keber Proletarier, der auch nach diesem ungeheuerlichen

Wie Unabhängigen haben uns erneut den Kampf enga-

Am Schlusse eines Artikels, in dem der „Vorwärts“

Das ganze Schriftstück ist durchzogen von Angriffen auf die

„formale Demokratie“ und Verherrlichungen der „Diktatur des

Der Reichssozialisten nicht gewahrt. Die Früchte der Re-

„Sie müssen mich sehr übel gekannt gefunden haben.“

Wasaroff konnte wie Arkadi antworteten nur mit einer

Auf dem ganzen Wege nannte weder der eine noch der

Die lange Abwesenheit seines Sohnes hatte Nikolaus

Schrei aus, sprang vom Sofa auf und ams aufgeregt hin

Man begann von der Stelle zu plaudern. Arkadi war

am reißelhaftesten, besonders beim Abendessen, das sich bis

Der ganze allentlange Wutent des Zentralkomitees bewest

Diese Konfusion ist Schuld an dem verhängnisvollen Entschlus

Die Arbeiter begreifen diesen Ent-

Die Arbeiter in ihrer Masse sind sehr ge-

Die Arbeiter haben der U.S.D. Mandate geerdien, sie fast hundert

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Verlin, 19. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden

Die Reichslisten.

Nach amtlicher Zählung sind 468 Abgeordnete zum

Diktatur eines Führerklüngels.

Ueber das Verhalten der Unabhängigen bei der Frage

Wer unter Arbeitern verkehrt, kann täglich und stünd-

Die Volkstimmung einer parlamentarischen Enthaltung und

Die Volkstimmung einer parlamentarischen Enthaltung und

aus Moskau erhalten und das ihm so auszeichnet munde

Der allgemeine gute Humor hatte sogar die Domestiken

Indes waren die Bewohner von Marino nicht ganz frei

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Vorstellung hat für die Massen etwas ungemein Verlocken-

Des. Wer dies leugnet, kennt die Arbeiter nicht und schreit

Die Arbeiter begreifen diesen Ent-

Die Arbeiter in ihrer Masse sind sehr ge-

Die Arbeiter haben der U.S.D. Mandate geerdien, sie fast hundert

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Verlin, 19. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden

Die Reichslisten.

Nach amtlicher Zählung sind 468 Abgeordnete zum

Diktatur eines Führerklüngels.

Ueber das Verhalten der Unabhängigen bei der Frage

Wer unter Arbeitern verkehrt, kann täglich und stünd-

Die Volkstimmung einer parlamentarischen Enthaltung und

Die Volkstimmung einer parlamentarischen Enthaltung und

aus Moskau erhalten und das ihm so auszeichnet munde

Der allgemeine gute Humor hatte sogar die Domestiken

Indes waren die Bewohner von Marino nicht ganz frei

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder

Verloren und schied irrtümlich... Entschuldigungsverbinden... einsehen... an auch in sich zugute...

Der Redakteur einer Fachzeitschrift, Dr. Konrad Holländer, wurde vor acht Tagen in der Nacht von Offizieren aus seiner Wohnung herausgeholt... Seine Familienangehörigen stellten Nachforschungen an, doch konnten sie nicht feststellen, wo der Redakteur, der während des Kommunismus überhaupt keine Rolle gespielt und mit Politik sich nicht beschäftigt hatte, verhaftet wurde...

Verfassungsrevision in Belgien.

Brüssel, 19. Juni. Die Beratungen über die Verfassungsrevision sind gestern wieder aufgenommen worden. Die Kammer beschloß gegen vier Stimmen die Entschädigung der Kammermitglieder auf 1000 Franken monatlich festzusetzen.

Weiter wurde beschlossen, daß die Kammer alle 4 Jahre neu gewählt werden muß und daß auf 40 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Ebenso ist die Wählbarkeit von Frauen angenommen worden, mit der Einschränkung, daß sie kein Stimmrecht haben.

Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 19. Juni. Wie „Politiken“ meldet, hat die dänische Regierung beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die nächsten Folketingwahlen werden am 6. Juli abgehalten. Hiernach scheint die Regierung damit zu rechnen, daß es noch mehr als einen Monat dauern wird, ehe die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind und die Souveränität über die erste Zone Nordischswigs an Dänemark übergeben kann.

Japan zur Rückgabe von Kiautschou bereit.

Tokio, 19. Juni. Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan wünschige Verhandlungen über die Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückziehung der Truppen bereit ist. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Uebertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts ändern.

Friedensdiktat und Wahlergebnis.

Die tiefen Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik sind in den letzten Tagen deutlicher als je vorher beleuchtet worden. Wenn wir das Wahlergebnis als einen Erfolg der Extreme auf der rechten und auf der linken Seite bezeichnen, so ist dies zwar durchaus richtig, aber es bleibt eine Feststellung und gibt keine Begründung. Weshalb konnten die Extreme so stark werden, daß sie in die Lage kamen, die bisherige Koalition zu erschüttern und ihr die Möglichkeit zu nehmen, die bisher eingeschlagene Politik der Mitte fortzusetzen?

Pressestimmen, die in den letzten Tagen aus dem Ausland, insbesondere aus England, hierherkamen, belehren uns über die Gründe hierzu. Die durchaus liberale „Daily News“ schreibt:

Der Wille zum Frieden ist die Ursache der bisherigen Regierung ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Tatsache ist, daß die Regierung dafür nur wenig Verantwortung trägt. Eine viel größere tragen die alliierten Mächte. Aber trotzdem hat die Regierung die ganze Last auf sich geschleppt und niemand glaubt in Deutschland, daß die Lage schlechter sein könnte, als sie ist, und deswegen hat in Deutschland jeder gute Ausblick, der behauptet, man könne sie besser machen. Deswegen muß das bisherige Ministerium gehen, wie seine Anhänger, die die Volkswirtschaft fürchten, zu den Nationalisten flüchten und zur Volkspartei, und wie die, die einen neuen reaktionären Anschlag erwarten, noch weiter nach links gehen. Die Kommunisten haben schlecht abgeschnitten. Deutschland wird nicht bolschewistisch, außer rein durch Vergewaltigung.

Deutlicher kann die Situation nicht gekennzeichnet werden. Das Friedensdiktat von Versailles brachte über das deutsche Volk eine Verzweiflungssituation, über der es die Leiden des dreierhalbährigen Weltkrieges beinahe vergaß. Die Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, die in Weimar notgedrungen die Regierung übernahm, mußte verüben, einerseits Deutschland in die Höhe zu bringen, andererseits die Gewaltforderungen der Entente so gut wie möglich zu erfüllen. Daß sie an der Unmöglichkeit, beide Forderungen miteinander in Einklang zu bringen, scheitern, und daß die Koalition in die Brüche gehen mußte, war von vornherein für jeden klar, der nicht an Danförmlichkeiten appellierte, die es in der Politik nicht gibt. Noch deutlicher wird die Situation durch folgende Ausführungen der „Daily News“ beleuchtet:

„Selbst wenn große Staatsmänner am Werk wären, würde dies wenig nützen, falls die alliierte Politik bleibt, was sie bisher gewesen ist: Ein mit Sicherheit arbeitender Hebel für die Befreiung Deutschlands. Heute hört man, daß die Epochenferne wieder verschoben ist. Dadurch kann das neue Ministerium Zeit gewinnen, um festen Fuß zu fassen. Aber gleichzeitig wird auch die lähmende Ungewißheit vergrößert, die der Hoffnungslosigkeit der deutschen Nation zu Grunde liegt. Die Alliierten sollen nur unmögliche Forderungen in Spa aufstellen, wie das täglich von Frankreich geschieht. Dann muß überhaupt jede deutsche Regierung innerhalb eines Tages zu Grunde gehen, denn es bleiben dann nur der Putz und die Barrikade.“

Es bleibt zu bezweifeln, ob diese wenigen einsichtigen Stimmen dem laut hallenden Chor der Chauvinistenbrefle gegenüber sich Eingang zu verschaffen im Stande sein werden. In jedem Falle ist das eine klar: Eine vernünftige Friedenspolitik der Entente hätte es der deutschen Koalitionsregierung ermöglicht, die Befriedigung der Sieger nicht auf Kosten des eigenen Landes vorzunehmen. In diesem Falle hätte sich keine rechte- oder linksradikale Verleumdung aufrecht erhalten lassen, sondern die breiten Massen des wahlberechtigten Volkes hätten sie bald als das Erkant, was sie von Anfang an waren: Eitel Lug und Trug. Infolge der entenistischen Gewaltpolitik aber gelang es den radikalen Elementen in Deutschland großen Wählermassen einzureden, daß die von der Koalition eingeschlagene Politik falsch war.

An dem Wahlergebnis des 6. Juni haben weder die „Sieger“ in Deutschland rechte Freude, noch werden die Nachhaber der Entente eine solche empfinden. Diese Enttäuschungen könnte man ihnen recht von Herzen gönnen, wenn nicht letzten Endes Deutschland selbst am schwersten durch das von Wut und Erbitterung nicht aber von Einsicht sprechende Wahlergebnis getroffen worden wäre.

Badische Politik.

Zur Umbildung der badischen Regierung.

Ein ansehnend offizieller Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ befaßt sich mit der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts. Hierbei wird betont, daß man in Baden nicht daran denke, die bisher betriebene Koalitionspolitik anzugehen und daß die Umbildung des badischen Kabinetts keineswegs einen hochpolitischen Charakter habe. Sie bedeutet nichts weiter als die Anpassung an die durch die Reichstagswahlen bestätigte Tatsache, daß das Zentrum bei uns die stärkste Partei ist und zugleich entspreche sie dem schon oft geäußerten Wunsch nach Vereinfachung der Staatsverwaltung. Der Artikel des amtlichen Blattes hebt dann weiter hervor, die Landtagsabstimmungen der verflochtenen Woche hätten gezeigt, daß die alte Koalition in Baden im wesentlichen durchaus reibungslos zum Besten des Landes weiter arbeite. Der neue Finanzminister, Röhler, habe vor der Kammer sehr gut abgeschnitten. Schließlich berührt der Artikel noch die Frage der Verschmelzung von Baden und Württemberg und bemerkt dazu, es habe sich von neuem gezeigt, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung von einem solchen Zusammenstoß nichts wissen wolle und, da wir in Baden bisher gar nicht schlecht gefahren seien, keinen Grund hätten, die gesunde Entwicklung unseres Landes durch die Verkopplung mit einem andern Lande unmöglich zu gefährden.

Wie die Eisenbahner zur Reichstagswahl gewählt haben.

Der „Badische Beobachter“ berichtet: Von den 1543 deutschen Eisenbahnbeamten und -Arbeitern in Baden, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, haben 779 der U.S.P., 113 der M.S.P., 8 den Kommunisten, 364 dem Zentrum, 228 der Deutschdemokratischen, 25 der Deutschen Volkspartei und 26 den Deutschnationalen ihre Stimme gegeben. Auffallend ist hier das starke Anwachsen der U.S.P. Während die M.S.P. bei der Wahl zur deutschen Reichstagsversammlung im Januar 1919 eine Stimmengahl von 778 auf sich vereinigte, entfielen jetzt 779 auf die U.S.P. und nur 113 auf die M.S.P. Das Zentrum hat seinen Bestand gemehrt.

Daß die Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter in beträchtlich höherem Maße unabhängig gewählt haben, ist auch in anderen Wahlbezirken beobachtet worden, wo die Eisenbahner einen starken Prozentsatz der Wahlberechtigten gestellt haben. Durch die Stimmenabgabe für die U.S.P. wollten offenbar die unabhängig wählenden Eisenbahner den Unabhängigen den Dank abtrotzen, daß diese Herren bei allen Bestrebungen zur Befreiung der Lage der Eisenbahner praktisch nichts getan haben, während von den Koalitionsparteien, besonders aber von der Sozialdemokratie energig für die Eisenbahner eingetreten wurde. Und das sollte offenbar uns Sozialdemokraten heimbezahlt werden. Wenn die durch die Unabhängigen verschuldet, mehr nach rechts orientierte Regierung sich längere Zeit behaupten sollte, werden vielleicht auch die unabhängigen Eisenbahner einsehen, wie geschieht sie am 6. Juni gehandelt haben.

Erhöhte Milchpreise!

Man schreibt uns: Anlässlich der Erhöhung des Milchpreises hat ein Teil der Presse scharfe Kritik. Man beklagt ein Bedürfnis für diese Erhöhung, da die Futtermittelpreise nicht unwesentlich zugenommen seien. Es ist sehr schwer über einen angemessenen Preis für Milch zu diskutieren, weil in der Tat die Gestehungskosten der Milchproduktion sehr stark schwanken. In manchen Gegenden des Landes arbeitet die Landwirtschaft unter ungünstigen Verhältnissen, während in anderen Gegenden die bei einem Preise von 1,50 M. sicherlich gut bestehen kann. Unbedenklich ist die Tatsache, daß die Milchproduktion ständig abnimmt. Insbesondere sind es die größten landwirtschaftlichen Betriebe, von denen behauptet wird, daß sie bei den gesteigerten Lohn- und sonstigen Ausgaben mit den jetzigen Milchpreisen nicht mehr bestehen könnten. Wie dem aber auch sei: letzten Endes werden auch von der Landwirtschaft derartige Fragen zu Machfragen gestellt, was dieser besser löslich gemacht wird, je mehr Menschen auf das Damfeln nach Milch ausgehen. In weiten Schichten der Bevölkerung will man die Milchmangel ungehindert wissen. Mit dem alten Schlagwort: „Die Keinen sündigt man, die Großen läßt man laufen!“ sucht man das Damfeln umsetzen zu rechtfertigen ohne dabei daran zu denken, daß auf solche Weise täglich aber tausende Liter Milch der Allgemeinheit bewirtschaftung entzogen werden. Für gehaltvolle Milch wird in der Regel ein höherer Preis bezahlt. Auf diese Weise wird es der Landwirtschaft möglich gemacht, den Preis für die gehaltvollere Milch zur Grundlage ihrer Einnahmeberechnung zu machen.

Die Behörde hat aber nicht nur den Kampf gegen rentierte Landwirte und Hausierer zu führen, auch weite Verbraucherkreise machen ihr das Leben mit dem Hinweis schwer, die Milchversorgung wäre sehr viel besser, wenn die Preise für Milch rechtzeitig erhöht würden. Man darf nur einmal das sich in der vollzogenen Schauspiel ansehen, wo vom Gemeindevorstande zusammen von sich aus den Milchpreis auf 1,50 M. erhöht. Kann man es da der Landwirtschaft noch verüben, wenn sie unter solcher Deckung den Milchpreis aufnimmt, sobald die Regierung versucht den amtlich festgesetzten Höchstpreis (der damals 80 s resp. 1,20 M war) aufrecht zu erhalten. Schließlich darf man auch noch an die Wahlagitatorien der letzten Wochen erinnern, bei der die Redner fast aller Parteien den Standpunkt möglichst baldiger Befreiung der Zwangslandwirtschaft vertraten. Wenn also an der amtlich festgesetzten Erhöhung Kritik geübt wird, so darf man diese Erscheinungen nicht außer Acht lassen. Es gibt eben große Teile unseres Volkes für welche die Sicherung der Lebensmittel eine Frage erster Ordnung und die Preisfestsetzung erst eine solche zweiter Ordnung darstellt.

Um Herrn Spang.

Herr Landtagsabgeordneter Bezirksleiter Spang, von jeder das entsetzt terride des Zentrums, ist bekannt als ein Mann robusten Auftretens. Es liegt ihm nun einmal, seinem etwas lebhaften Gefühlsleben durch starke Ausdrücke Ausdruck zu verschaffen, wobei ihm die Zielgröße selbst ziemlich einleuchtet. Er macht seinem Herzen in scharfen Wendungen, die nicht gerade von staatsmännlichem Verantwortlichkeitsgefühl getragen sind, Luft, gleichgültig ob es sich um Pferde oder Menschen, um ein Ministerium von Boban oder Bauer, um Juden oder Parteien handelt. Nebenfalls scheint er der Ansicht zu sein, daß diese Art den Badischen Wählern imponiert. Aus dieser Mentalität heraus, bezogerte er in der 47. Landtagsagung die badische Landwirtschaftskammer als eine der größten Schiebergesellschaften. Die Landwirtschaftskammer, in deren Vorstand übri-

gens sein Parteifreund Weiskopf sitzt, ließ diesen Vorwurf jedoch nicht auf sich sitzen, sondern veröffentlichte eine von ihrem Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Sanger den Wählern als Informat zugewandene Erklärung, in der Herr Abgeordneter Spang erjucht wird, seine Verdächtigungen, die er unter dem Schutze der ihm als Abgeordneten zustehenden Redefreiheit geäußert hat, außerhalb der Kammer zu wiederholen, damit die Kammer in der Lage ist, durch ein gerichtliches Verfahren den objektiven Tatbestand darlegen zu können. Die Kammer erwartet, daß Herr Abgeordneter Spang als Mann von Ehre dem Ersuchen stattgibt.

Auf diese Erklärung gibt nun Herr Spang folgende Generalkklärung:

„Ich habe keinen Anlaß, mich mit der badischen Landwirtschaftskammer über Ausführungen, die ich im Landtage gemacht habe, vor Gericht oder in der Presse heranzulassen. Die demnächstige Beratung der Landwirtschaftskammerangelegenheit wird Gelegenheit bieten, diese Frage ausgiebig zu erörtern.“

Wenn wir auch in Ruhe abwarten können, wie Herr Spang bei der Beratung der Landwirtschaftskammerangelegenheit die Dinge darlegen wird, so verdient es doch beachtet zu werden, daß der forische Streiter Spang sehr vorichtig ist, wenn er sich außerhalb des Schutzes der Immunität bewegt. Selbst robuste Naturen scheinen Voricht für den besseren Teil der Tapferkeit zu halten.

Tiefer hängen.

Vermutlich um die geistige Verwahrlosung der deutschnationalen Ziele prägnant zu illustrieren, brachte die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“ die Meldung des Einnehmens von Professor Max Weber-München, früher Heidelberg, einem der angesehensten Gelehrten Deutschlands mit folgenden Worten: München, 16. Juni. Professor Max Weber, der Nationalökonom in München, Brentanos Nachfolger, früher in Heidelberg, der durch seinen sozialistisch-demokratischen Radikalismus sich die leidenschaftliche Abneigung der studierenden nationalen Jugend zugezogen hat, ist 56 Jahre alt unerwartet reich an Grippe mit hinzugekommener Lungenerkrankung gestorben, nachdem er am vorigen Samstag noch geprüft hatte. Jeder Kommentar zu dieser Art deutschnationaler Wissenschaftswürdigung dürfte überflüssig sein.

Zur landwirtschaftlichen Siedlungsfrage.

Um bei den Bauern Stimmung für sich zu machen, interpellierten dieser Tage die Deutschnationalen die Regierung wegen der Siedlungsfrage, trotzdem sie wußten, daß diese Frage im ganzen Ausmaße bei dem demnächst zur Beratung kommenden Ausführungsgezet zum Reichsiedelungsgezet zur Behandlung kommen wird. Was so die Interpellation an sich überflüssig, so ist andererseits darauf hinzuweisen, daß, als die Sozialdemokratie einen Antrag auf Sozialisierung der Ständeherrschaften einbrachte, es Mitglieder der rechten Seite des Hauses und der Mitte, vor allem Abg. Weiskopf vom Zentrum, waren, die bremsten. Des weiteren aber ist darauf hinzuweisen, daß bei der Aufstellung der Ständeherrschaften zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, die geschichtl. vereint werden müssen. Einerseits müssen die gutbetriebl. Bauern aus dem Streubetrieb der Ständeherrschaften befreit werden, dann aber gilt es auf die Tatsache bedacht zu nehmen, daß der Groß- und Mittelbetrieb volkswirtschaftlich am rentabelsten ist. Die Großgüter restlos unter die Bauern aufzuteilen, wäre genau das gleiche, wie die einzelnen Familien den zufällig bei ihnen beschäftigten Arbeitern in die Hand zu geben, statt der Allgemeinheit, der aller Besitz gehört.

Diese Gesichtspunkte zog gelegentlich der Siedlungsdebatte Abg. Genosse Dr. Krauß treffend herbei, indem er — seine diesbezüglichen Ausführungen konnten damals, um den Bericht rechtzeitig abzuschließen, nicht gebracht werden — gegenüber dem Zentrum und den Deutschnationalen feststellte, daß es nicht nur Arbeiter gibt, die mit der Revolution unzufrieden sind, sondern auch Bauern. Eine große Masse von Arbeitern, die links von uns stehen, haben sich die Revolution so vorgestellt, daß der ganze Kapitalvermögen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet bezüglich des Aktionärsbesitzes unter die Arbeiter verteilt wird. Weil wir das nicht mitgemacht haben, sind sie links von uns gegangen. Und es gibt genug Bauern, die sich die Revolution so vorgestellt haben, daß nun an Stelle des Großgrundbesitzes viele kleine Grundbesitzer entstehen werden. Wo die Dinge liegen wie bei uns in Baden, wo wir keinen eigentlichen Grundbesitz haben, aber der einzelne Acker, Wald und Feld dem Kleinbauern die Möglichkeit geben muß, damit seine Familie ernähren kann, und wir dafür, das ist aber keine Sozialisierung. Nicht dadurch, daß man Lande von kleinen Eigentümern schafft, sondern dadurch, daß der Staat in Form eines dembar fest ausgestalteten Nachrechts Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdien gibt, ohne daß die Leute dabei verschuldet werden reformiert man. Darüber bin ich mir klar: Viele von den Bauern, die heute von den Ständeherrschaften Grundstücke gekauft haben zu hohen Preisen, nur um ihr Geld unterzubringen, werden nach Jahren oder Jahrzehnten tief in Schulden stecken und mit Hypotheken belastet sein, weil sie ihr Betriebskapital heringegeben haben, jedoch die Güter später, wenn die Preise für die Produkte sinken, nicht mehr rentieren. Darum haben wir die Bauern gewarnt, vor diesen Anfällen von Gütern, die von den Ständeherrschaften abgekauft werden, weil wir der Ansicht sind, daß eine vernünftige Verpachtung auf Grund eines sozial ausgestalteten Nachrechts für die Bauern bedeutend besser wäre. Das ist der Standpunkt, den wir Sozialdemokraten einnehmen und ich glaube, daß einstens in der Geschichte die Bauern uns recht geben werden.“

Die Einreise von Ausländern soll künftig in Baden noch schärfer als bisher überwacht werden, nachdem der begründete Verdacht besteht, daß zureisende Ausländer in größerer Zahl ohne Einreisegeldbescheinigung eines deutschen Konsulats oder einer deutschen Rahstelle ins Land gelangen. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die Abgabe von Lebensmittelmärkten nur an solche Ausländer erfolgen darf, die sich im Besitz eines ordnungsmäßigen Einreisegeldbescheinigung befinden und eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über die erfolgte polizeiliche Anmeldung vorlegen.

Aus der Partei.

4. Kreis. Von den Mitgliedschaften gingen ferner ein: Kori, Sammelliste 14 M.; für Wahlsondarmark: Kori 27 M., Schenkeim 35 M., Fahr-Stier 10 M. Die Kreisleitung.

Soziale Rundschau.

Der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Krankenlassen besteht noch weiter.

Wie die „Badische Post“ mitteilt, wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung der badischen Ärzte in Offenburg am 16. Juni mitgeteilt, daß die deutsche Ärzteorganisation den Schiedspruch, der in Berlin am 10. Juni gefaßt wurde, angenommen hat. Die Krankenverbände dagegen haben in einem wesentlichen Punkte noch Vorbehalte gemacht, sodass weitere Beratungen nötig erscheinen. Der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Krankenlassen besteht also weiter, bis die Einigungsverhandlungen, die sofort aufgenommen werden, zur Verständigung geführt haben.

Die Lage des Arbeitsmarktes. Eine Besserung in der Arbeitsmarktlage ist in der Woche vom 11. bis 17. Juni noch nicht eingetreten. Es hat allerdings den Anschein, als wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den bereits allgemein eingetretenen Preisrückgang in ruhigeren Bahnen gelenkt würden; wenigstens ist es zum weitaus größten Teil bisher nur bei den vorgenommenen Betriebseinsparungen geblieben und es sind vollständige Schließungen von Betrieben und Entlassungen nur in wenigen Fällen eingetreten. Besonders bemerkbar macht sich sehr schon der Abbau in den militärischen Dienstbereichen.

Verbindlichkeitserklärung des Tarifs im Metallgewerbe. Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungssitz Karlsruhe, in Karlsruhe, Friedrichsplatz 11 III, hat beantragt, den zwischen ihm und dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens, Karlsruhe, am 26. März 1920 abgeschlossenen Kollektivabkommen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (R.G.B. I, S. 1456) für das Gebiet des Handelsamtsbezirks Karlsruhe, Baden-Baden für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 30. Juni 1920 erhoben werden und sind unter Nummer VI A. 1767 an das Reichsarbeitsministerium Berlin, Luisenstr. 83 zu richten.

Aus dem Lande.

Heidelberg, 20. Juni. Im Hofbäcker Stadtviertel sind 17 Personen nach dem Tode von Wirt erkrankt, die aus einem Bandort stammte. Es wurde festgestellt, daß das geschlachtete Tier, aus dessen Fleisch die Wirt hergestellt wurde, typhuskrank gewesen ist, denn alle erkrankten 17 Personen haben nun ebenfalls Unterleibstypus. Der Zustand einiger der erkrankten Personen ist bedenklich. In einer Gasse wurden 10 Personen wegen Glückspiels verhaftet. Die Spielgelber wurden beschlagnahmt. In Fiegelhausen wurde der sechsjährige Sohn des Herrschers Schmidt von einem umfahrenden Wagen getötet.

Oberkirch, 20. Juni. In einem Sägewerk bei Hoch wurde der 61jährige Säger Mathias Geller während des Auflegens eines Treibriemens von diesem erfaßt und getötet.

Wülheim, 19. Juni. Die verbotene Fährweiche. Ein Verbot, das man durchaus billigen kann, hat das hiesige Bezirksamt erlassen. In dem Städtchen Neuenburg a. N. plante der Musikverein für den morgigen Sonntag die Abhaltung der Fährweiche mit den üblichen Festlichkeiten, wie Festzug, Wirtschaftsbetrieb auf dem Festplatz, Langbesichtigung im Freien usw. Vom Bezirksamt wurde die Abhaltung der Fährweiche untersagt, weil zu befürchten sei, daß durch die fremden Gäste die Maul- und Klauenseuche nach Neuenburg verschleppt werden kann, ferner hält es das Bezirksamt für unangebracht, angesichts des Friedens von Versailles vor den Augen der Franzosen Freudenfeste abzuhalten.

Sandorf b. Rammheim, 20. Juni. Wegen Kindesmordes ist ein hiesiger Gutsvorwahrer verhaftet worden. Wie die Volkshimme berichtet, hatte er schon kurz nach der Geburt des Kindes von der Hebamme verlangt, sie solle das Kind im Wabewasser ertränken, er gab ihr eine gute Belohnung. Die Frau tat dies nicht und als sie am nächsten Tag wieder auf das Gut kam, hatte der Vorwahrer das Kind bereits in die Dunggube geworfen.

Vörsch, 18. Juni. Beim Absteigen von einem noch in der Kabot befindlichen Kraftwagen wurde der Arbeiter Heinrich Kastadin von hier eine Strecke geschleift und getötet.

Begnadigung. Das Staatsministerium hat auf den Vortrag des Justizministeriums beschloffen, den Landwirt Josef Falter aus Reulshausen, der wegen des am 24. Januar 1920 bei Hintersgarten begangenen Raubmordes vom Schwurgericht Freiburg zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus zu begnadigen.

Der Landesverband Badischer Bauhütten hielt am 27. Mai in Karlsruhe seine Hauptversammlung ab, die von Mitgliedern aus allen Amtsbezirken unseres Landes zahlreich besucht war. Die Vereinigung bezweckt den Zusammenschluß der Sachverständigen der Badischen Gebäudewerbungsanstalt zur Förderung dienstlicher Angelegenheiten und zur Wahrung der Ständesinteressen. Die Badische Gebäudewerbungsanstalt war durch den Gebäudewerbungsarchitekten Herrn Salzer, vertreten. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei u. a. hervorgehoben die Frage der Mitwirkung des Verbandes bei der bevorstehenden Aenderung des Gebäudewerbungsgesetzes, die Verbesserung der Bauhütten gegen Unfall bei Berufsausübung, der Ausbau der Gebäudewerbungsanstalt. Nach Beratung der Sitzungen fanden die Vorstands- und Auswahlgewahlen statt. Der Vorstand: I. Vorsitzender: Architekt Siebert, II. Vorsitzender: Architekt Maeyer, Schriftführer: Architekt W. Peter, Rechner, alle in Karlsruhe. In den Landesauschüssen wurden gewählt die Herren: Baummeister Koopmann für den Bezirk Mannheim, Architekt Sauter für Heidelberg, Baumeister Krier für Karlsruhe, Architekt Haug für Offenburg, Bezirksbaukontrolleur Kraus für Freiburg, Bezirksbaukontrolleur Bösch für Lörrach und Baumeister Krich für Konstanz. Die nächste Hauptversammlung findet 1922 in Offenburg statt.

Wilhelm II. auf dem Bagagewagen. — Die Waffenehre des Herrn Major.

In den letzten Tagen hielt das in Freiburg i. B. bisher stationierte badische Reichsschützenbataillon Nr. 25 seinen Auszug aus der schönen Dreifamstadt, es muß laut Friedensvertragsbestimmungen seinen Standort weiter weg von der französischen Grenze verlegen, es kam nach Donauerschingen. Unter dem Gerümpel, das gewöhnlich auf den Bagagewagen mitgeschleift wird, befand sich nun auch ein Bild ein Gemälde, das den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. darstellt, wie er in voller Karabineruniform die Front eines Infanterieregiments, wahrscheinlich des 118., abschreitet!

Die Anhänglichkeit der Herren Soldaten an ihren alten „Kriegsherrn“ ist ja gewiß rührend, besonders die Herren Offiziere werden sich von diesem Bilde nicht trennen können, bei dessen Anblick sie neuen Mut im Kampfe gegen die Republik, der sie Treue geschworen, schöpfen können. Besonders Mut scheint ja auch der Herr Major und Bataillonskommandeur bereits geschöpft zu haben, denn er ließ seine Abschiedsrede in dem Sinne ausfallen: „Daß es uns vergönnt sein möge, denehnt die deutsche Waffenehre wiederherzustellen!“ Wir sind sicher, daß unter dem ganzen Gebälk, bei dem ganzen Transport von Freiburg nach Donauerschingen, weder in der Kaserne hier noch dort eine deutsche Verfassung zu finden sein wird, deren Artikel 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wilhelm II. und freiwirtschaftliche Verfassung dessen allerdings auch schlecht zusammen, nicht einmal auf einem Bagagewagen könnten die sich vertragen. Das Volk verlangt aber, daß für die Herren Offiziere qualiterkern und nur die Verfassung zu gelten hat und nicht Wilhelm II. Es verzieht darauf, durch selbsttätige Nachahmung des weltberühmten Boltron — Maulwurfsbauers — in neuen Krieg und neues Gend gezeugt zu werden. Wie meinen, bevor die Herren Offiziere die deutsche Waffenehre wiederherstellen wollen, sollen sie zuerst mal darauf achten, daß ihre eigene Ehre nicht verloren geht, was aber der Fall sein wird, wenn sie überhaupt im Dienst der Republik stehen und ihre Treue schwören, innerlich aber ihren alten Herren nachhängen und heimlich an der Verfassung der Republik arbeiten.

Aus der Stadt.

Aus der Stadtratssitzung vom 17. Juni 1920.

Betriebsergebnisse der Stadt. Straßenbahn. Die Stadt. Straßenbahn erzielte eine Gesamteinnahme im Monat Januar von 374 891 M., im Februar von 321 267 M. (Tariferhöhung ab 1. Februar), im März von 340 324 M., im April von 1 016 937 M. (Tariferhöhung ab 21. April), im Mai von 1 177 889 M. Die Zahl der von ihr bedienten Personen betrug im Monat Januar 3 297 950, im Februar 2 917 038, im März 2 958 244, im April 3 027 389, im Mai 3 180 478. Die Betriebsergebnisse zeigen, daß der neue am 21. April d. J. eingeführte Tarif sowohl eine beträchtliche Vermehrung der Einnahmen überhaupt bringt, als auch überdies eine Verdichtung des Verkehrs. — Die Stadt bezieht sich an der Gründung einer Gesellschaft mit gemischtwirtschaftlichem Betrieb zur Herstellung, Beschaffung und zum Vertrieb von Baustoffen mit der besonderen Aufgabe, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Beim Bürgerauschuss wird die Bewilligung eines Kredits hierzu im Betrage von 510 000 M. beantragt. — **Straßenreinigung.** Die Kosten der Straßenreinigung sind gegenüber denjenigen in Friedenszeiten auf das Zehnfache gestiegen. Die Stadt hat hierfür allgemeine Mittel nicht mehr zur Verfügung. Es wird deshalb zunächst zu Sparmaßnahmen übergegangen und zwar dadurch, daß die regelmäßige wöchentliche Reinigung anstatt, wie bisher drei Mal, nur zwei Mal durchgeführt wird. Die Reinigungsarbeiten in den Vororten werden den Anliegern übertragen, die Kosten der Straßenreinigung im Innenbezirk der Stadt von den Anliegern zu übernehmen werden. Eine Gebührenordnung wird dem Bürgerauschuss demnächst vorgelegt, die Genehmigung der zugehörigen ordnungsgemäßen Vorarbeit ist beim Bezirksamt beantragt. — **Abfallbeseitigung.** Nach Übernahme des Abfallbetriebes der Firma Lipp u. Morlok durch die Stadt am 15. April ds. J. sind nunmehr soweit Erfahrungen gesammelt, daß endgültig über die Art und Höhe der Abgabe auf Dedung der Selbstkosten des Abfallbetriebes Bescheid gefaßt werden kann. Der Stadtrat schlägt dem Bürgerauschuss die Beibehaltung des bisherigen Systems der Erhebung von Gebühren auf Grund von Einzelgehältern mit der einzigen Abänderung vor, daß im Interesse einer stetigeren Inanspruchnahme des Abfallbetriebes auch noch die Erhebung einer Grundgebühr zur Einführung gelangt. —

Der Schuhverkauf des Gewerkschaftskartells erfreut sich von Tag zu Tag größeren Aufbruchs unserer organisierten Arbeiterschaft. Trotz des großen Abzuges ist das Lager ein äußerst reichhaltiges und die Ware neben billigen Preisen einwandfrei. Die Verkaufszeit ist von vormittags 9—1 und 3—6 Uhr.

Preisermäßigung für die hiesigen Hallenschwimmbäder. Bekanntlich haben die hiesigen Schwimmvereine gegen die vom Stadtrat seinerzeit festgesetzten Preise für Hallenschwimmbäder protestiert, mit dem Erfolg, daß der Stadtrat nun niedriger Preise festgelegt hat. Den hiesigen Schwimmvereinen wird für die regelmäßige in der Schwimmhalle der Stadt. Badeanstalten abzuhaltenen Lebewandabende eine Preisermäßigung dahin gewährt, daß für jedes daran teilnehmende Mitglied 50 M., zusammen jedoch nicht mehr als 50 M. für den Lebewandabend, berechnet werden. Um auch den übrigen regelmäßig anwesenden Lebewand der Hallenschwimmbäder eine Preisermäßigung zuteil werden zu lassen, werden Abkommens für 30 Schwimmbäder, sog. „Dreißigerkarten“ zum Preise von 30 M., also je 1 M. für das einzelne Schwimmbad, eingeführt, die auch von Vereinen und Korporationen käuflich erworben und an ihre Mitglieder und sonstigen Badebesucher einzeln abgegeben werden können. Im weiteren wird die den Volkshausleiter eine Preisermäßigung des Hallenschwimmbadpreises auf 50 M. für ein Bad auch auf die Schüler der Mittelschule, der Handelsschule, der Gewerkschule und der Fortbildungsschule ausgedehnt. Die Karten sind sowohl an der Kasse des Bierabzuges, wie an jener des Friedhofabzuges, das aber kurzem von der Stadtgemeinde käuflich erworben wurde, erhältlich. Schüler und Schulkinder über 15 Jahren müssen im Besitz eines von der Schule ausgestellten, für das laufende Schuljahr gültigen Ausweises sein.

Lohnbewegung der gewerkschaftlichen Angestellten in Karlsruhe.

Am Donnerstag, 17. Juni fand eine Versammlung der gewerkschaftlichen Angestellten im „Elefanten“ statt, die zu der ablehnenden Haltung der Unternehmer Stellung nahm. Von den beiden Referenten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Forderungen der Angestellten nun schon seit Monaten geben, ohne bis jetzt ein Resultat gezeigt zu haben. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 17. Juni im Restaurant zum „Elefanten“ tagende Versammlung aller gewerkschaftlichen Angestellten nimmt den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern mit Nichtbefriedigung zur Kenntnis. Die Verhandlungen erklären, daß der jegliche Lohnkampf nicht der Kampf einer einzelnen, sondern aller Angestelltengruppen ist. Die festbestehenden Angestellten lehnen es entschieden ab, sich von den nichtfestbestehenden Angestellten durch die Arbeitgeber trennen zu lassen. Alle Angestellten sind sich darüber einig, ihre gemeinsamen Forderungen nur gemeinsam zu vertreten und zu erklären, daß die Forderungen der Angestellten durch die Arbeitgeber erfüllen zu lassen. Die Versammlung beauftragt die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten, sofort den Schlichtungsausschuss anrufen, um den bereits mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Bestandsvertrag zur Durchführung zu bringen. Mit Entschiedenheit weisen sie die Angestellten zurück, sich von den Arbeitgebern vorarbeiten zu lassen, welchen von ihren Kollegen sie das Vertrauen schenken sollen, sie bei den Verhandlungen zu vertreten.“

Zu den hohen Ananaspreisen

schreibt uns ein Leser unseres Blattes aus Staufenberg (Murgtal): Es ist wirklich lauerig, daß infolge der hohen Preise die nimmerdemitteltte Bevölkerung sich keine Ananas einkaufen kann. Wie die unerschwinglichen Preise zustande kommen, will ich an folgenden wahrheitsgetreuen Vorgängen schildern, die sich hier abspielten: Zuerst kauft der Interhändler die Beeren für einen Händler, dieser wiederum an einen Großhändler; alle drei sind in Orte anwesend. Der Großhändler geht die Beeren wahrscheinlich wieder an Händler ab, von wo sie an das Publikum gelangen. Nun wird wohl niemand mehr über die hohen Preise erstaunt sein. Wie ist ein Fall aus Forstheim bekannt, wo ein Händler die Beeren franco auf den Markt gebracht erhielt für 320 M. das Hund und dieselben für 4 M. absetzte, also 80 M. pro Hund für das Publikum erhielt. Die Produzenten hier erhalten durchschnittlich 2,50 M. haben aber auch schon dieselben für 2 M. das Hund abgegeben. Cines schönen Tages bekamen die Leute durch gegenwertiges Ueberbleiben der Händler 3,50 M. und mehr, was sie natürlich nicht ablehnten. In Betracht zu ziehen wären aber noch die Umkosten für Abgabe, welche ungemein teuer sind; auch trifft das auf Frachten, Zubelehn usw. zu.

Sozialdem. Bürgerauschussfraktion. Morgen Dienstag abend 8 Uhr im Stadtratssaal Fraktions-Sitzung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen. Der neue Reichstag und die auswärtige Politik. Heber dieses interessante Thema wird in einer von der deutschen

Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, auf Freitag abend 8 Uhr im Saal 3 der Brauerei Schrempf einberufenen öffentlichen Versammlung Professor Dr. Oudde-München. Der Referent ist nicht nur als ein guter Redner bekannt, sondern hat sich auch durch sein mannhaftes Eintreten für die Friedenssache, für das er während des Krieges verhaftet, ja sogar ins Gefängnis geworfen wurde, einen überaus guten Namen erlangt. Ein guter Besuch des Vortrages, besonders auch seitens der Arbeiter- und Beamtenchaft, ist nur zu empfehlen.

Größte Geste! Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen findet Anfang nächsten Monats statt. Eine gewaltige Zahl Abstimmungsberechtigter ist aus dem Reich in die Heimat zu befördern. Die großen Kosten dieses Transportes müssen von privater Seite aufgebracht werden. Von Mitgliedern beider Berliner Parlamente ist hierfür die „Grenz-Spende“ ins Leben gerufen worden, die eine wahre Volksspende sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Niemand darf sich ausschließen, auch die kleinsten Beiträge werden wertvolle Bausteine sein. Eine Annahmestelle befindet sich in der Geschäftsstelle unserer Zeitung, die über alle Eingänge öffentlich quittiert.

Die Grenzzüge 63 und 65 Ostende-Paris-Strasbourg über Karlsruhe-München-Wien-Stuttgart-Nürnberg-Regensburg-Weiden verkehren auf badißer Strecke erstmals heute Montag, 21. Juni. Die Grenzzüge 62 und 64 Wien-München-Strasbourg-Regensburg-Nürnberg-Karlsruhe-Strasbourg-Paris nach Ostende erstmals am Donnerstag, den 24. Juni. Außerdem werden vom Montag, 21. Juni an, die Schnellzüge D 47/D 52 Regensburg-München-Kehl täglich gefahren, womit eine tägliche Verbindung 1.—3. Klasse Paris-München-Paris hergestellt ist.

Na. Johanns-Fest. Am Mittwoch, den 23. ds. Mts. abends 8 Uhr findet im Stadtgarten zur Feier des Johannistages ein Doppelkonzert des Musikvereins Harmonie und des Musikvereins Karlsruhe (Gewerkschaftsorchester) statt. Um 10 Uhr wird ein großes Feuerwerk durch Herrn Feuerwerksmeister Wilhelm Piffner aus Leobrann, der schon wiederholt Feuerwerke im hiesigen Kurgarten zu Baden-Baden und im Stadtgarten zu Karlsruhe mit großem Erfolg abgebrannt hat, veranstaltet. Das Programm hierfür ist ein sehr reichhaltiges. Der Beginn des Feuerwerks wird durch drei große Kanonenschläge verkündet. Außerdem wird die Wandlinsengellschaft Karlsruhe eine Serenade ausführen. Nach Schluß des Feuerwerks wird inmitten des Stadtgartens der übliche Holstoch (das Johannisfeuer) abgebrannt werden. Die Eintrittspreise betragen für Inhaber von Stadtbürgerrechtskarten 1,50 M., für sonstige Personen 2,50 M., für Kinder jeweils die Hälfte. Die Abonnementkarte ist mit der Eintrittskarte vorzulegen. Der Vorverkauf beginnt am Montag, den 21. ds. Mts. in den auf den Anschlagtafeln näher bekanntgegebenen hiesigen Geschäften. Außerdem wird am Tage der Veranstaltung selbst von abends 6 Uhr ab auch am Eingang neben dem Verwaltungsgelände des Gartenamtes (Erlingerstraße 8) eine Kasse geführt. Bei unangenehmer Witterung wird die Veranstaltung auf Donnerstag, den 24. ds. Mts. abends 8 Uhr verlegt. Wegen des Näheren verweisen wir auf die Inserate und Plakataufträge.

Vollständ. für Kriegergräberfürsorge. Freitag abend fand im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Prälaten D. Schmittener eine Versammlung statt, die von Damen und Herren besucht war und zum Zweck hatte, eine Ortsgruppe des Volksbundes für Kriegergräberfürsorge zu gründen. Eine Ortsgruppe dieses Bundes, der seinen Sitz in Berlin hat, besteht in Heidelberg, unter dem Vorsitz des Geheimen Rats Dr. von Säubert. Auch die Karlsruher Ortsgruppe kam zu Stande und es schloffen sich ihre bereits eine Anzahl von Mitgliedern an. Die Wahl des Vorstandes wird erst später erfolgen. Geplant ist, eine größere Versammlung abzuhalten.

Tagung der Hebammen. Der Landesverband bad. Hebammen hielt hier eine Tagung ab, die von Beiratsmitgliedern aus fast allen bad. Bezirken besucht war. Besonders wurde Lage gefehlt, über die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechenden Targen; auch die Verlegung der alten bad. Hebammen wurde besprochen. Die Dienstvermittlung für die Hebammen wurde nicht in allen Punkten gebilligt und beschlossen, falls das Ministerium den Wünschen nicht entspreche in einen Streik einzutreten.

Die öffentlichen Schlußprüfungen des Konservatoriums für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe finden wie angezeigt in der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli statt, die der Ausbildungs-klassen am 21. und 25. Juni, sowie am 1. und 2. Juli im Eintrachtssaal — jeweils 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends — die der Vorbereitungsklassen am 12., 13. und 14. Juli nachmittags 5 1/2 Uhr im Saal der Anstalt Sophienstraße 43. Die beiden veröffentlichten Programme enthalten eine größere Anzahl der hervorragenden Meisterwerke der verschiedensten musikalischen Zeit- und Stilperioden, so z. B. schon am 21. d. M. ebenfalls eine Zusammenstellung großartiger Klavierwerke von Bach bis zu einem der allernüchternsten von E. Korngold. Die Aufführungen sind geeignet, das Interesse aller ernsthaften Musikfreunde wachzurufen. Wegen sonstiger Einzelheiten, wie Eintrittspreise usw. verweisen wir auf die Anzeiger.

„Neber Gute und schlechte Musik“ ist das Thema eines Vortrages, den Bruno S. L. r. m. am kommenden Donnerstag, den 24. d. Mts. im Konservatoriumssaal hält. Ohne Zweifel ist in unserer Zeit die Auseinandersetzung mit der schlechten Musik, die allmählich alles zu überwinden droht, dringender, wie je gewesen. Wir hoffen nur, daß durch einen möglichst zahlreichen Besuch auch die Wirkung nach außen groß ist. Karten bei Kurt Neufeld, Waldstraße 80.

Fahrrad Diebstahl. Am Samstag wurden in hiesiger Stadt wieder vier Fahrräder entwendet. Der Schuttmannschaft gelang es, drei Fahrräder und zwar einen vier mobiltätigen Hilfsarbeiter aus Springen, einen Arbeiter aus Bergheim und einen Tagelöhner aus Reutereheim zu ermitteln und festzunehmen.

Verhaftet wurden: Ein 30 Jahre alter Konditor aus Weier, der wegen unerlaubter Salvarianausfuhr von der Staatsanwaltschaft Lörrach akusiert wurde, ein 30jähriger Baubeamter aus Cosmannsdorf und eine berufliche Frauensperson aus Schmalenberg, die von der Staatsanwaltschaft Ravensburg wegen Schleichhandels ausgedeutet waren.

Kaiser Tod. Gestern nachmittag erlitt ein hier wohnhafter Arbeiter in einer Wirtshaus der Südtstadt einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. p. Diebstahl. Aus dem Keller eines Hauses der Kaiserstraße wurden in der Nacht vom 19. zum 20. d. M. mittels Einbruch 170 Eier, sowie Kartoffeln durch unbekannt Täter entwendet.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Juni 1920.

Während flache Luftverhältnisse im Osten und nördlich ausgebläht im NW, gelieren vielfach Trübungen und Regen verursachen, bedingte der lokale über Baden sich hingießende Treiben hohen Druckes hier noch vielfach heiteres trübes, schwülwaarmes Wetter (Nebelnebel 25 Grad, Hochdruckgebiet 16 Grad). Am Abend trat aber auch bei uns Trübung ein, die noch heute früh andauert. Da der Druck wieder steigt, wird sie jedoch nur vorübergehend sein. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 22. Juni nachts: Vorübergehend wolfig und vereinzelt Gewitterregen, später wieder aufheitend, mäßig warm.

Schuhverkaufszeit des Gewerkschaftskartells

täglich von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr

in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe.

Sozialdemokrat. Verein Bezirk Mühlburg.

Mittwoch, den 23. Juni, abends 7/8 Uhr,
im „Hirsch“, Hardtstraße.

Partei-Versammlung.

Thema:

„Die verflochtenen Wahlen“.

Referent:
Landtagsabg. Arbeiter-Sekretär Marzoff-Freiburg.
Freie Aussprache!
Vollständiger und eingeführter Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet.
Die Bezirksleitung.

Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Karlsruhe.

Büro: Hebelstraße Nr. 11, 2. Stock.

Dienstag, den 22. Juni, abends halb 5 Uhr
falls gleich nach Geschäftsabschluss, findet im Saal III
(Goldschmied), Waldstraße 16, eine

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:
1. Schließungsfrage.
2. Bericht von der Maschinenarbeiter-Konferenz.
3. Bericht der Ortsverwaltung.
Wir ersuchen um zahlreichem Besuch.
Die Ortsverwaltung.

Städt. Fischhalle

hinter dem Vierordtsbad.

Heute und morgen von 8-12 und 3-5 Uhr

Fortsetzung des

Seefisch-Verkaufs

aus soeben eingetroffener Sendung.

Zum Verkauf gelangen:

Seehecht, Seelachs, Seeaal,
Schellfische und Roibarsch

Backmaterial mitbringen. 1746

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Erklärung.

Der Herr Abgeordnete Spang hat in einer Zuschrift an den Badischen Beobachter unter dem 17. Juni ds. Js., Nr. 135, auf unsere Aufforderung, seine Angriffe außerhalb des Landtags zu wiederholen, erklärt, daß er keinen Anlaß habe, sich mit der Badischen Landwirtschaftskammer über Ausführungen, die er im Landtag gemacht habe, vor Gericht oder in der Presse herumzustritten.

Diese Handlungsweise des Herrn Abgeordneten Spang ist ein trasser Mißbrauch der einem Abgeordneten zustehenden Redefreiheit, da er nicht den Mut findet, die schwersten Verdächtigungen gegen uns außerhalb des Landtags zu wiederholen. Wir überlassen die Beurteilung des Verhaltens des Herrn Abgeordneten Spang der Öffentlichkeit und erklären, daß wir daselbe nicht mit dem eines Ehrenmannes für vereinbar halten.

Badische Landwirtschaftskammer

Der Vorsitzende:
J. L. Salzer. 4125

Achtung!

Genau wie jede Konkurrenz liefert ich
Herren-Sohlen und Fleck Mark 36.—
Damen-Sohlen „ „ 30.—
Eiga-Gummisohlen und Abfälle
prima Qualität, zu den billigsten Preisen.
In. Kernleder-sohlen zu dem jeweiligen Tagespreis.
Alle Arbeiten in 24 Stunden.
Schuhreparatur mit elektr. Betrieb, Albert Mayer
Waldhornstraße 36, Ecke Jählingerstraße und Margrafenstraße.
Man achte genau auf die Firma.

Viel Geld verdienen | Darlehen

Verandgeschäfte, Bücherresende, Händler, Hausierer und Privatleute durch Betrieb meiner hochinteressanten Bücher und Postkarten. Verlangen Sie sofort Gratisprospekte vom Buchverlag C. F. Nees, Stuttgart, Schloßstraße 57 B.

Städt. Badenstall

(Vierordtsbad)
Karlsruhe

Medizin. Bäder.

Pflanzennadel-Salz
(Rappenauner oder Stassfurter).
Mutterlauge und Schwefel- (Thio-pinol-)Bäder.
Badezeit f. Herren u. Damen: Vorm. von 9-1 Uhr und nachm. v. 2 1/2-7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

Meine Sprechstunden

sind jetzt wieder vormittags 10-12,
nachmittags 2-4 Uhr.

Dr. med. Otto Schwidop

Arzt für Nasen-, Rachen-, Ohren-
krankheiten u. Sprachstörungen
Kriegstr. 154 (zwischen Karlsruher u. Hirschstr.)
Fernsprecher 1889. 4117

Annahmestelle

der
Wäschanstalt
u. Rasenbleiche
(Fr. Hollenbach)
Mühlburg, Sternstr. 1.
Neben, nimmt jeder Art
Wäsche an. 3999

Wasch-Stoffe

Mtr. 9⁷⁵ Waschmousseline, Punktmull,
gestreift Batist, Krepon, Kleidertüll

Mtr. 14⁵⁰ Waschmousseline, Mulle, weiß u.
farbig, Kleiderzeфир, Voile bedruckt

Mtr. 18⁵⁰ bedruckt Voile u. Mousseline, hell
und dunkel, Perkal, Kleider-
körper 90 cm brt. Kopftuchkattun

Mtr. 22⁵⁰ Voll-Voile 110 cm la Dirnd'l-Satin,
Satin f. Knabenanzüge, einf. u. gestr.

Hermann Tietz Karlsruhe

Angestellte!

Als vorteilhaftesten Ersatz für die
Angestellten - Versicherung
empfiehlt dringend den Abschluss einer
Lebensversicherung
(früherster Termin 30. VI. 1920)
Allg. Deutscher Verf.-Verein a. G. Stuttgart
Bezirksdirektion Karlsruhe, Gartenstraße 44a.
Telefon Nr. 518
Generalagent Georg Becker, Waldstr. 89 IV.
Inspektor Leopold Haunss, Waldstr. 89 IV.

Sommersprossen!! verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidens-
genossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth
Frucht, Hannover C 4, Schließf. 238. 1098Z

Lager-Säffer

von 16 bis 50 Hektol., tadellose Qualität, billigst zu
verkaufen. 4129

Mühlburger Branerei

Karlsruhe-Mühlburg.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarlung Karlsruhe, Zgb. Nr.
2785: 4 a 42 qm mit Gebäuden Angarten-
straße 33.
Schätzung: 45 000 M.
Versteigerungstermin: Dienstag, den 17. Aug.
1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude
Madenstraße 8. 1739
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim No-
tariat.
Karlsruhe, den 14. Juni 1920.
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.



ODEON-MUSIKHAUS

KARLSRUHE
KAISERSTR. 175 TELEFON N. 349

Wir suchen zum sofortigen Eintritt wirklich
tüchtige
Werkzeugdreher
für dauernde Beschäftigung. 4128

Progress-Werk

Oberkirch u. G.
Stadelhofen i. Renchtal.

Erklärung.

Herr Abgeordneter Spang hat
sich in der 47. öffentlichen Sitzung
des bad. Landtages unter dem
Schutze der Immunität erlaubt,
die bad. Landwirtschaftskammer
eine der größten Schiebergesell-
schaften des bad. Landes zu nennen.
Die badische Landwirtschafts-
kammer griff zu dem einzigen
Mittel, das ihr in diesem Falle
zur Wahrung ihrer Ehre zur Ver-
fügung stand: Sie forderte Herrn
Spang auf, seine Behauptungen
außerhalb des Landtages zu wieder-
holen, um dann gerichtlich wegen
Verleumdung vorgehen zu können.

Was tut Herr Spang? Herr
Spang erklärt einfach, er habe
keinen Anlaß, sich mit der Land-
wirtschaftskammer über seine Aus-
führungen im Landtage vor Gericht
oder in der Presse herumzustritten;
er scheut also die gerichtliche Ver-
handlung, vertieft sich in feiger
Weise hinter dem Schutzwall der
Landtags-Immunität und bringt
aber auch nicht einmal so viel
Anstandsgefühl auf, durch öffent-
liche Rücknahme der Behauptungen
der schwer angegriffenen Körper-
schaft Genugthuung zu geben, trotz-
dem er mittlerweile sicherer fahren
hat, daß die Landwirtschaftskammer
in durchaus unheimlicher Weise
lediglich die Geschäftseinkünfte
ihrer Obstverwertungsanstalt dem
Voransch.-Verein Mühl zur Ver-
fügung gestellt hat, um durch Aus-
fuhr eines kleinen Quantums
Kirchen schwer bedrängte Valuta-
Biehschuldner des Mühlburger
vor großer Schädigung oder gar
finanziellem Zusammenbruch zu
bewahren.

Da die unerhörte und gemeine
Verleumdung Spangs auch jeden
Beamten der Landwirtschafts-
kammer trifft, erhebt der Betriebs-
rat der Landwirtschaftskammer,
als die gesetzliche Vertretung der
Beamten- und Angestellten-Gesell-
schaft der Landwirtschaftskammer gleich-
falls schärfsten Protest gegen eine
derartige gemeine Ehrabschneidung.
Er glaubt mit jedem rechtlich den-
kenden Menschen der Ansicht sein
zu müssen, daß für derartige ge-
wissenlose und feige Ehrabschneider
kein Platz im Landtag sein sollte.

Der Betriebsrat
der Badischen Landwirt-
schaftskammer. 4126